

# Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna und Umgegend.

**Bezugpreis:**  
Frei ins Haus durch Zusteller  
Mk. 1.20 vierteljährlich  
Frei ins Haus durch die Post  
Mk. 1.30 vierteljährlich

Mit einer vierseitigen  
Illustrierten Sonntagsbeilage



Verlag und Druck:  
**Süss & Cule, Naunhof.**  
Redaktion:  
**Robert Süss, Naunhof.**

**Ankündigungen:**  
Für Inserenten der Anzeigenschein-  
schaft Grimma 10 Pf., die fünfgel-  
spaltige Zeile, an erster Stelle und  
für Kundwürde 12 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigennahme: Donnerstags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 51.

Freitag, den 30. April 1909.

20. Jahrgang.

## Amthliches.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einschätzung zur Einkommensteuer und bezug zur Ergänzungssteuer den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden nach den Bestimmungen in § 46 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 Abs. 2 des Ergänzungssteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche am hiesigen Orte ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, hiermit aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Stadtheuerneinnehmer zu melden.

Naunhof, am 28. April 1909.

Der Stadtrat.  
Billler.

## Bekanntmachung.

Nach den Satzungen der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen sind die Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe bei Vermeldung von Ordnungstrafen bis zu 300 Mk. verpflichtet, von jedem in ihren Betrieben eingetretenen Betriebsunfall vorkräftsmäßige Unfallanzeige an die Berufsgenossenschaft durch den Vertrauensmann und an die zuständige Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen und von etwaigen Betriebsänderungen sowie Betriebsveränderungen binnen drei Wochen an den Vertrauensmann Herrn Gärtnermeister **Harms Gerhard Fied** zu erstatten.

Dresden, am 26. April 1909.

Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft  
für das Königreich Sachsen.

### Nationale Opferwilligkeit.

Der deutsche Reichstag befindet sich in der schwierigsten Lage, in der kurzen Zeit bis zum Schluß der Tagung die gewaltige Summe von 500 Millionen Mark jährlicher Steuern bewilligen zu müssen. Seine bisherigen fünfmonatigen Bemühungen nach dieser Seite hin sind erfolglos geblieben, da sich die Parteien weder auf dem Boden der Regierungsvorlagen zusammenschließen, noch sich auf ein von ihnen aufgestelltes Programm einigen konnten. Angesichts der Größe der zu bewilligenden Summe wird man es verstehen, daß die Parteien sich nicht leichtsinnig zu irgend einer Maßnahme entschließen, die sich nachher vielleicht als verhängnisvoll herausstellen hätte, sondern die Steuerentwürfe sorgfältig geprüft haben. Deutschland verdankt dieser Reueigung zur eingehenden Prüfung, die der tief in unserem Volke wurzelnden Gewissenhaftigkeit entspringt, zu viel, als daß man sie aus dem öffentlichen Leben ausschalten möchte. Andererseits aber ertet sie auch nur zu leicht in eine unfruchtbarste Hindernde aus, die nichts recht zu machen ist, und hemmt dadurch jede wirklich schöpferische Tat. An dieser Reueigung haben unsere Reichsfinanzien schon lange gekrankelt.

Die Natur hat indes auch gegen diese schwache Seite im deutschen Volkswesen ihm in einer anderen Eigenschaft ein wirksames Gegengewicht gegeben, nämlich in seinem Verantwortungsbewußtsein und in einer in Stunden der Not daraus entspringenden Opferwilligkeit, für die es keine Hindernisse gibt. Wie oft hat sich diese Opferwilligkeit in Stunden äußerster Not und Gefahr siegreich erwiesen, nachdem selbst die Besten an Deutschlands Zukunft glaubten verzweifeln zu müssen; jetzt, wo das Gland unserer Reichsfinanzien eine Ausdehnung angenommen hat, die kaum noch zu übertreffen ist, ist diese alte deutsche Nationalität auch wieder zum Durchbruch gekommen; sie hat sich bei den nationalen Parteien in einer geradezu an Freudigkeit grenzenden Bereitwilligkeit befunden, die großen Steuerlasten, die zur Befestigung des Reichsschicksaltrages notwendig sind, auf sich zu nehmen. Wie bei früheren Gelegenheiten ist dazu der Anstoß nicht von einzelnen führenden Geislern ausgegangen, sondern die Notwendigkeit der Reichsfinanzreform hat das ganze Volk mit unüberwindlicher Gewalt erfasst, so daß heutigen Tages eine Regierung es getrost wagen könnte, mit der Wahlparole: „500 Millionen neuer Steuern in gerechter Verteilung“ in den Wahlkampf zu ziehen.

Unter den fast zahllosen Rundgebungen der letzten Wochen nach dieser Seite hin, aus denen besonders die eindrucksvollen Versammlungen des deutschen Mittelstandes in Berlin genannt seien, hat der Empfang einer Anzahl Abordnungen aus allen Teilen Deutschlands durch den Reichskanzler an dem Tage des Wiederkommens des deutschen Reichstages einen besonderen Anspruch auf Beachtung. Diese Rundgebungen beweisen, daß die Opferwilligkeit nicht an einen Stand, noch an eine Gegend geknüpft ist, sondern sich im ganzen deutschen Reiche findet, in Bayern wie in Preußen, in Sachsen wie in Württemberg, in Baden wie in Thüringen.

Gewiß hieße es die Bedeutung dieser Rundgebungen übertreiben, wenn man sich davon kurzerhand eine Befestigung der Schwierigkeiten verspräche. Andererseits ist auch wieder die Bedeutung der Rundgebungen nicht zu unterschätzen, weil diese Männer und die hinter ihnen stehenden weiten Kreise, wie Fürst Bülow sehr richtig hervorhob, das „öffentliche Gewissen“ darstellen im Gegensatz zu der Selbstsucht von Parteien und Interessenten, die bisher eine gedeihliche Arbeit gehindert hat. Jedenfalls hat diese Rundgebungen im Verein mit den ihr vorangegangenen wesentlich dazu beigetragen, Klarheit über die zu leistende Arbeit zu schaffen, sodaß es sich für den Reichstag und die Steuerkommission nur noch darum handeln kann, den zu betretenden Weg ausfindig zu machen. Es herrscht Einigkeit in den weiten Kreisen des deutschen Volkes, daß 500 Millionen neuer Steuern aufgebracht werden müssen, und zwar, abgesehen von 25 Millionen Mark neuer Matrikularbeiträge, in der Form von selbständigen Reichseinnahmen, und daß von dieser Summe 90 bis 100 Millionen Mark jährlich vom Besitz, der Rest dagegen durch indirekte Steuern, hauptsächlich vom Branntwein, Bier und Tabak aufzubringen sind. Dieser nationalen Opferwilligkeit muß auch der Reichstag Rechnung tragen.

Ryf. R.

### Zur Reichsfinanzreform.

Die Finanzminister der größeren Bundesstaaten hatten in den letzten Tagen der vorigen Woche lange Besprechungen im Reichsschatzamt über die Reichsfinanzreform. Die Verhandlungen wurden am Sonnabend abgeschlossen, führten aber zu keinen endgültigen Beschlüssen über die Auswahl der Ersatzsteuern für die als abgelehnt zu betrachtenden Steuern

auf Gas, Elektrizität und Anzeigen. An der Erweiterung der Erbschaftsteuer als Ersatz für die Nachlasssteuer wird der Bundesrat festhalten und im übrigen die weiteren Verhandlungen und Vorschläge der Finanzkommission des Reichstags abwarten. Die seitens der konservativen Partei beantragte Wertzuwachssteuer hat im Bundesrat, soweit es sich um Liegenschaften handelt, ebenso wie im Reichstage viele Freunde, dürfte aber für den Bundesrat als Ersatzsteuer nicht in Betracht kommen, und zwar deshalb nicht, weil für ihre Einführung lange Vorbereitungen notwendig wären, während es sich jetzt darum handelt, eine schnelle Abhilfe für die Finanznot des Reiches zu schaffen. Als ansichtsreichste Ersatzsteuer gilt nach wie vor die Erhöhung des Kaffeegolles.

### Zu den Ereignissen in der Türkei.

\* Abdul Hamid wurde von der türkischen Nationalversammlung entthront und sein Bruder Mehmed als Mohammed V. zum Sultan ausgerufen. In Konstantinopel ist am Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr der Thronwechsel durch ein Salut von 101 Kanonenschüssen verkündigt worden. Zum Sultan ist Mehmed ausgerufen, der den Namen Mohammed V. führen wird. Um 4 Uhr fuhr Mehmed unter dem Salut auf dem Seewege nach Istanbul, überall militärisch begrüßt und von den Truppen sowie der Bevölkerung lebhaft akklamiert. Großweiser wird Ahmed Niza.

Während die Meldungen über den Verbleib Abdul Hamids zunächst sehr widersprechend lauteten, indem einmal behauptet wurde, er sei nach Tscherrigan geföhrt worden, andererseits, er befände sich auf dem Seewege nach Saloniki, wird jetzt in der türkischen Hauptstadt offiziell bekanntgegeben, daß er gestern nacht mit Extrazug nach Saloniki befördert worden ist.

Die Thronbesteigung Mohammeds V., die offiziell erfolgt, ist natürlich ein Jubeltag für die Bevölkerung. Es wird dem Berliner Lokal-Anz. telegraphiert:

Konstantinopel, 28. April. Aus Anlaß der Thronbesteigung des neuen Sultans ist heute offizieller Festtag. Alle Ämter sind geschlossen, am Abend findet eine Illumination statt. Infolge des Feuerschicksens entstanden in Istanbul und Salata, eine Panik; besondere Unglücksfälle haben sich jedoch nicht ereignet. Seit gestern treffen zahlreiche Glückwunschsdepeschen an den Sultan, die Nationalversammlung, das Oberkommando der mazedonischen Armee und die Pforte ein.

### Rundschau.

\* Fürst Fürstentums Stellung zum Reichskanzler. Kürzlich ist verbreitet worden, der Freund des Kaisers, Fürst Fürstentberg, sei ein Feind des Reichskanzlers Fürsten Bülow; er intriguierte beim Kaiser gegen den Kanzler und sei ein Feind liberaler Regungen. Diejenigen, welche den Fürsten Fürstentberg näher kennen, wissen aber, daß er der Letzte wäre, der liberalen Regungen auf irgend einer Seite zu unterdrücken versuchen würde. Ebenso sehr verkennen diejenigen die persönlichen Regungen des Fürsten Fürstentberg und seine Stellung zum Kaiser, die ihm nachsagen, daß er in politischen Dingen den Kaiser zu beeinflussen unternehme. Kenner der Verhältnisse glauben auch mit Bestimmtheit zu wissen, daß Fürst Fürstentberg nur einmal mit einem Rat an den Kaiser auf dessen Befragen herangetreten ist, nämlich in den ersten Novembertagen 1908. Damals soll gerade Fürst Fürstentberg es gewesen sein, der für den Reichskanzler eingetreten ist.

\* Gardens Drauhungen. Maximilian Gardens hat gegen das Urteil in seinem letzten

Prozess Revision angemeldet. Weiter schreibt er dem „Hann. Cour.“:

„Die Revision ist nur eine der Waffen, mit denen ich gegen das Urteil vom 20. April 1909 wehren werde. Von den Erklärungen, die ich auf Wunsch des Grafen Runo Rolke unterzeichnet und in Gemeinschaft mit ihm der Königl. Staatsanwaltschaft vorgelegt hatte, habe ich am 21. April meine Unterschrift zurückgezogen. Und ich werde nicht raufen, bis auch das neue Urteil vernichtet ist und alle, die an Zug und Trug mitgewirkt und die Interessen von Kaiser und Reich mit Füßen getreten haben, vor der deutschen Nation am Pranger stehen.“

Das Treiben Gardens war bisher unangenehm; jetzt wird es direkt widerlich.

\* Wie es in der **Diamantenstadt Lüderich** in Deutsch-Südwest-Afrika jetzt aussieht, schildert die Tgl. Nsch. nach den Worten eines Engländers: „Es herrscht große Wohnungsnot, aber man findet alle Sorten von Menschen. Die Deutschen selbst sind ankündige Kerls. Die Gasthäuser sind gepfropft voll; vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht hinein wird Bier getrunken und ein Geschäft nach dem andern gemacht. Es ist zwar verboten, Rohdiamanten zu halten, wenn man kein Bergbaurecht besitzt, aber in Lüderich gibt es kaum eine Zigaretten-Dose, die nicht voller Diamanten wäre. Niemand spielt hier den Angeber. Froh kann man sein, wenn man auf dem lahlben Boden schlafen kann. Alles ist voll und teuer.“

\* Die **Waffseier in Berlin** wird in dem bekannten Rahmen stattfinden. Die sozialdemokratische Partei hat für Groß-Berlin 76 Nachmittags- und Abendveranstaltungen anberaumt. Die Abendfeiern sind zusammengesetzt aus Konzertaufführungen, Gesangsvorträgen des Arbeiter-Sängerbundes, Darbietungen des Turnvereins Juchte, des Arbeiter-Radfahrerbundes sowie Festreden und Spezialvorstellungen. In Berlin finden 23 Parteivorstellungen statt, 12 kommen allein auf den 6. Wahlkreis. Die Gewerkschaften veranstalten für Groß-Berlin 68 Veranstaltungen, die meistens um 10 Uhr ihren Anfang nehmen, auf Berlin kommen davon 38.

\* **Berlin.** Aus Kamerun wird amtlich gemeldet: Ein heftiges Erdbeben, das seit Montag abend anhält, hat das Gouvernement gezwungen, Buca zu räumen und seinen Stuhl vorläufig nach Duala zu verlegen. Der Stellvertretende Gouverneur befindet sich zurzeit in Dschang, hat eine Abteilung der in Soppo stationierten Kompanie unter Hauptmann Jschrn. v. Stein übernommen.

\* Bei der auf Aufreizung beruhenden Verbeziehung der **Witwen in Rabod** gegen den Lokalausschuß in Hamm, den sie auf Herausgabe der eingegangenen Gelder verklagt hatten, hatten sich nach einer Mitteilung der „Rheinl.-Bess. Ztg.“ zwei Frauen besonders hervor getan, die auf der Felsenkolonie von „Rabod“ wohnenden Witwen Dora und Karamanja, deren wühlerische Agitation den radikalsten ihrer männlichen Genossen alle Ehre gemacht hätte. Nun ist nach dem genannten Blatt in der Kolonie plötzlich ein Wendepunkt eingetreten; die ruhiger denkenden, besonnenen Witwen der Kolonie haben sich durch das aufreizende Vorgehen der Frauen Dora und Karamanja derartig abgestoßen geföhlt, daß sie an die Felsenverwaltung die Bitte gerichtet haben, man möge den beiden Witwen kündigen, damit die Ruhe nach der man sich schon lange sehne, endlich wieder in die Kolonie einkehren könne. Seitens der Felsenverwaltung ist dieser Bitte alsbald entsprochen worden. Diese Selbstbefreiung der Raboder Witwen von den verbezüglichen „Führerinnen“ wird auch jedenfalls nicht ohne bestimmende Folgen für den felsamen Prozess sein.